

Soale-Beitung.

hundertvierzigster Jahrgang.

Ercheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verlagsstelle: Halle, Gr. Sandstraße 17; Nebendruckerei: Markt 24.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher Anstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts halbjährlich. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter 'Soale-Beitung' eingetragen. Mit unentgeltlich eingehende Manuskripte keine Gewähr übernommen. Druckerei: Halle, Gr. Sandstraße 17. Fernsprecher der Redaktion Nr. 1160; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; des Abonnementsvertrages Nr. 1133.

Nr. 161.

Halle a. S., Mittwoch, den 5. April.

1917.

Deutscher Reichstag.

163. Sitzung, Dienstag, den 4. April.

Am Tische des Bundesrats: Dehnbach, Gernert, v. Heeringen, v. Tirpitz, Dr. v. Windquitt, Kräfte, Wadersarg, u. a. Präsident Graf Schmettow-Löwenitz eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min.

Die dritte Lesung des Etats.

Der Militäretat.

× Auf Anregungen des Abg. Brunfermann (Sp.) erläßt Generalmajor Wandel das unerminderte Wohlwollen der Militärverwaltung für die Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft bei den Übungen, u. a. auch in bezug auf die Beurlaubung von Mannschaften zur Ernte.

× Abg. Eisenbürger (lonf.) bittet um kleine Garnisonen für Pommern. Der ganze mittlere Teil der Provinz von Danzig bis Stralsund beinahe ist ohne Militär. Wir haben ein pomerisches Armeekorps, aber es steht nicht in Pommern. Da muß die Bevölkerung natürlich immer schlechter werden. Nach werden ja in Pommern viele gesunde kleine Kinder geboren; aber wenn die Bevölkerung immer geringer wird, wo will der Kriegsmilitär nachher seine Soldaten hernehmen?

× Kriegsminister v. Heeringen: Auch ich habe das größte Verständnis für kleine Garnitionen, aber Sie wissen ja, welche Verhältnisse uns in der Vergangenheit gewonnen haben, eine Anzahl alter Garnitionen aufzugeben. Wäre es mit dem Herzen getan, dann würde ich in bezug auf mein altes Armeekorps gewiß nach Möglichkeit helfen, aber die Verhältnisse, die sich an der russischen Grenze herausgebildet haben, lassen sich nicht ohne weiteres zurückdrängen. Von einer Erhebung des pomerischen Jägerbataillons Nr. 2 (wonaoh Abg. Eisenbürger gefragt hatte) ist mir nichts bekannt.

× Abg. Schwanze (Ztr.) wünscht eine Garnition für Pippstadt. × Abg. Generalmajor Ztr. v. Salla erwidert auf eine erneuerte Anfrage des Abg. Kumerl (Soz.) aus der zweiten Lesung, daß ein von diesem beantragter Fonds bei den adligen Kadetten bei der Intendantur des 12. Armeekorps allerdings behandelt, dessen Ursprung nicht aufzuklären war; er ist jetzt an das Reich abgeführt worden. Eine glänzende Aufbesserung der Reichsfinanzen dürfen Sie aber nicht davon erwarten; der ganze Fonds beträgt ein paar hundert Mark (Heiterkeit).

× Abg. Ztr. v. Camp (Rp.) Große Hoffnungen hat der Kriegsminister für die Besetzung kleiner Städte mit Garnisonen ja nicht erwidert; aber die Herren können ja auch nicht die dazu gehörigen Armeen aus der Erde stampfen. Ich bitte aber doch den Kriegsminister, wenn es was wohl in absehbarer Zeit erwarten dürfen, das 149. Regiment ein drittes Bataillon bekommt, die Stadt Deutsch-Krone berücksichtigt wird, die wohl den Anspruch darauf machen kann. Der Redner streift kurz die in der Subjekt-Kommission eingehend behandelten Fragen der Befestigungsämter um, die Frage, wie weit es möglich ist, die Befestigung in kleineren, hülligeren Orten herabsetzen zu lassen und bittet den Kriegsminister für das nächste Jahr um Beschränkungen hierüber.

Abg. Werner-Persfeld (Rp.) bittet um eine Garnition für Sersfeld.

Abg. Jubel (Soz.) spricht über die Militärmusik. Abg. Abg. Fiole (Soz.) spricht gegen die Verwendung von aktiven Soldaten als Handwerker. Sie machen den feuergefährlichen Zivilhandwerkern unberechtigter Konkurrenz.

Abg. Albrecht (Soz.) äußert sich im gleichen Sinne, besonders hinsichtlich des Schuhmacherverhandels.

Abg. Ztr. v. Camp (Rp.) Die Ausführungen der beiden Vordrher haben auf mich ja wenig Eindruck gemacht, daß ich auf die beachtlichste Wiberlegung verzichte. (Heiterkeit).

Generalmajor Wandel: Wenn es den Militärsachverständigen würde, Konzerte zu geben, so würden gerade die Städte Berlin und Breslau darunter leiden.

× Abg. Kumerl (Soz.) erklärt sich von der Antwort auf seine Fonds-Frage nicht für befriedigt. Der Redner bringt allerdings unerschöpfliche Einzelheiten vor und wird vom Vizepräsidenten Dr. Sp. h. n. dauernd zur Sache gerufen, während aus dem Hause unruhliche Schlußrufe laut werden.

× Sächsischer Generalmajor Ztr. v. Salza: Ich brauche wohl auf diese Rede, bei der alles kreuz und quer durcheinander ging, nicht zu antworten. (Beifall.) Herr Kumerl hat heute genau das selbe gesagt, wie bei der zweiten Lesung. Ich habe ihn damals schon unter der Zustimmung des Hauses widerlegt. Von Unerschöpflichkeit bei der Verwaltung der Fonds ist keine Rede. Ich weise die schweren Anschuldigungen gegen die sächsische Militärverwaltung auf das allerhöchste zurück. (Beifall.)

× Abg. Kumerl (Soz.) hält seine Rede noch einmal und wirft den in Betracht kommenden Beamten Betrug und Untugend vor.

× Abg. Weber (Soz.) führt Beschwerde, daß ein Kommandeur-offizier beim 7. Thüringischen Infanterieregiment Befestigungsarbeiten als verbotlich eingetragten hat, ohne daß er sie verbotlich hat.

× Kriegsminister v. Heeringen: Wenn Wert darauf gelegt wird, daß Anordnungen abgefaßt werden, dann muß an die verantwortliche Stelle, dem Gerichtsrat, Anzeige gemacht werden. Ich bin über den Fall nicht orientiert, da mir das Material nicht vorliegt. Ich muß es aber als sehr bedenklich bezeichnen, daß hier Namen von Offizieren genannt werden, ohne daß der Nachweis ihrer Schuld geliefert wird. Wir kommen damit auf eine schlechte Ebene.

Abg. Weber (Soz.): Ich werde solche Dinge immer vorbringen, ob es dem Kriegsminister paßt oder nicht.

× Abg. v. Treuenfels (lonf.) protestiert gegen die Behauptung Roskes bei der zweiten Lesung, daß er und der Abg. Hebel nur aus persönlichen Motiven für eine Erhöhung der Remontepreise eingetreten seien. Auf die Dauer wird die Militärverwaltung sich gegen eine Erhöhung der Remontepreise nicht verschließen können, weil sie sonst die nötigen Kruppen nicht erhalten würde.

× Abg. Roste (Soz.): Ich halte es allerdings für einen argen Mißbrauch, wenn Mitglieder des Hauses sich für Angelegenheiten in Zeug legen, aus denen ihnen materielle Vorteile erwachsen können. Wenn der Abg. v. Treuenfels erklärt, daß er nicht finanziell an den Remontepreisen interessiert ist, so habe ich nicht den geringsten Grund, daran zu zweifeln. Abg. v. Treuenfels (lonf.): Wenn es nach Herrn Roste ginge, dürften bei allen Fragen nur jene Abgeordneten sprechen, die absolut nichts davon verstehen.

Abg. v. Hehrens (wirtsch. Bsp.) regt an, Festungsgelände in Spandau Bauwesen-Arbeitsstätten in Erbbaurecht zu geben. Generalmajor Wandel: Wir werden die Frage, die freilich nicht einfach ist, prüfen. Der Militäretat wird erledigt.

Der Marinetat.

Dazu liegen ein Antrag Bialk (Sp.) und Baffermann (nl.) und ein Antrag Albrecht (Soz.) auf Wiederherstellung der Heizerzulage vor.

× Abg. Severing (Soz.) spricht über die Informationsreise des Abg. Weber, Erpberger und Kasten. Er verliert eine Annexion an den Oberverdirektor, die ein genaues Programm für den Besuch der Wasserwerken und die Dauer der Beiträge enthält. Die Herren dankten zu lieblich und wurden gelobt. Den Offizieren wurde durch Admiral Carulle große Kritik und eigene Vorlesige verboten. Die Marine-Kundschau hat einen Bericht über die Verhandlung des Reichstags betreffend die Heizerzulage gebracht, der direkt erlogen ist. Vizepräsident Schulz rügt den Ausdruck. Die Marine-Kundschau wird im Reichsparlament redigiert.

Abg. Severing (Soz.): Ich nehme es trotzdem nicht zurück. Vizepräsident Schulz: Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Mruhe links.)

Abg. Severing (Soz.): Auch auf die Gefahr. Der Redakteur der Marine-Kundschau schreibt, die Heizerzulagen seien auf Druck des Reichstags gestiegen. Das ist direkt erlogen. Vizepräsident Schulz rügt den Redner zu einem zweiten Mal zur Ordnung, und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

Abg. Severing (Soz.): Wenn ich in Vorkonferenzen mitteilte, daß der Staatssekretär es im Interesse der Marine für notwendig hält, daß der Flottenchef im Auslande lediglich Markt Zulage täglich hat, dagegen den Heizern und Maschinisten die zwanzig bis dreißig Pfennig genommen werden, dann war die Antwort immer ein einmütiges Fu. I. Nehmen Sie unsern Antrag an.

× Staatssekretär v. Tirpitz: Von dem Artikel der Marine-Kundschau ist mir überhaupt nichts bekannt geworden, ich habe ihn gar nicht gelesen. Die Marine-Kundschau gibt Referate über die ganzen Vorgänge her für die Offiziere und Marineangehörigen. Von Heizerzulagen besteht ich in diesem Referat der Marine-Kundschau, die ich lesen bekomme, gar nicht die Rede, sondern von den Zulagen überhaupt; und daß die Herabsetzung der Zulagen vom höchsten Hau ausgegangen ist, ist ja Tatsache. Die Kundschau spricht also damit nur ein Faktum aus, keinen Vorwurf. Sollte sie auch, was ich im Augenblick nicht übersehen kann, eine Kritik der Abgeordneten enthalten, so würde ich das als Entgeltung annehmen. Indes, ich muß der Kundschau eine gewisse Luft lassen, ich kann nicht jedes Wort kontrollieren, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll. Allen Herren, die den Wunsch geäußert haben, die Veristen zu beschäftigen, haben wir ihn erfüllt. Wenn eine bestimmte Zeit für den Besuch gegeben ist, und er ein bestimmtes Ziel hat, so muß auch ein bestimmtes Programm aufgestellt werden, es muß klappen. Wenn dieses Klappen bürokratisch genannt wird, dann freue ich mich, daß wir so bürokratisch sind. Den Inhalt der Verfügung des Admirals Capelle kann ich nur durchaus aufrecht erhalten; da wird eben das Programm bestimmt. Es sollte alles in offener Weise den Herren dargelegt werden. Ich halte es nicht für richtig, daß die Untergebenen des Staatssekretärs sich bei einem solchen offiziellen Besuche in eine Kritik der Maßnahmen und Anordnungen des Staatssekretärs einlassen (Sehr richtig!); so konnte aber nach allem gesagt werden. Es gibt keine Veranlassung, bei der die unteren Organe ihre Ideen so frei auszuspochen können, wie bei uns; natürlich kommt es auf die richtige dienstliche Form an.

× Abg. Dr. Reuhart (Sp.): Am Freitag voriger Woche find in Kiel bei einem schweren Unglücksfall aus dem Panzerkreuzer 'Dora' Angehörige unserer Marine getötet, bezw. verletzt worden. Ich möchte nicht verhehlen, den betroffenen Familien die lebhafteste Teilnahme auszusprechen. (Beifall.) Der Redner bittet um Wiederherstellung der ungekürzten Heizerzulage. Es ist bezeichnend, daß niemand an der Streidung Schuld sein will. Speziell kann man noch an allen Ecken und Enden, aber die schwer arbeitenden Heizer sollte man vornehmen. Der Redner fordert weiter die Berücksichtigung der Wünsche der Flitzer der Kieler Fährde.

× Abg. Erpberger (Ztr.): Die Verhältnisse haben sich seit der Kieler Affäre wesentlich gebessert. (Rachen der Soz.) Wesentlich gebessert. Streiten Sie mir doch nicht ab, was ich mit eigenen Augen gesehen habe! Die Informationsreise haben wir auf unsere Kosten bestritten. Was geht es also Herrn Severing an? Es war eine Privatreise, an der er gar keine Kritik hätte zu üben hatte. Natürlich hat man ein Programm aufgestellt, sonst hätten wir uns schon bedankt. Wie kann nur Herr Severing über so etwas reden, ohne dabei gedenken zu leht! Er redet wie der Flottenchef von der Farbe. Wir haben nicht nur Beiträge gehört, sondern zahlreiche Fragen gestellt. Wir wollten gar nicht von den einzelnen Beamten Vorlesige entgegennehmen. Das wäre ein schönes Sammelsturm geworden. Sollen wir einmal in die 'Borwärt's'-Druckerei gehen und die einzelnen Leute fragen, was sie an Direktor Fischer auszusprechen haben, wir würden das sicherlich sehr hinauskomplimentiert werden. Die Angriffe Severings waren ganz belagert. Wir waren durchaus bestrebt, von der Kette. Die Heizerzulage nehmen wir ab.

Abg. Dr. Semler (nl.): Alles, was recht ist! Aber die Ergebnisse der Informationsreise sind der Subjekt-Kommission unterbreitet worden. Also hatte Herr Severing ein Recht zur Kritik. Wenn es ist aus den 'Enttäuschungen' Severings geworden? Es ist überhaupt nichts dran, es ist alles fessellos herabgelassen. Dentt jemand

im Hause vielleicht, daß gerade Dr. Weber bei so einer Reise sich schämen, sich Sand in die Augen streuen läßt? Neu ist uns, daß die Marine-Kundschau im Kreismarineamt hergestellt wird. Dringend bitte ich, die Heizerzulagen zu erhöhen.

× Abg. Roste (Soz.): Es wäre richtig gewesen, wenn der Staatssekretär den Abg. Severing gleichfalls eingeladen hätte. Es ist befremdend, daß seit Jahren die Sozialdemokraten systematisch geschäftet werden. Das ist eine grobe Ungehrigkeit. (Vizepräsident Schulz:) Ich bitte Sie, sich zu möglichen! Wir müssen den Staatssekretär erziehen. Der Redner schreit in den Saal: Wir lassen uns eine solche Behandlung nicht länger gefallen. (Vizepräsident Schulz:) Ich bitte Sie, sich noch mehr zu möglichen! Große Heiterkeit! Die Beschüsse des Reichstags zu Ungehören der Heizer sind ein Skandal. (Vizepräsident Schulz rügt diesen Ausbruch.)

× Staatssekretär v. Tirpitz: Ich übernehme für die Kürzung der Heizerzulagen die volle Verantwortung. Nur zwei Punkte möchte ich unterbreiten, ohne in nähere Details eingehen. Es ist nach meiner Ansicht nicht richtig, daß die Dienstpflichtigen verschieden entlohnt werden, je nachdem sie schwerere oder leichtere Arbeit haben. Es ist grundsätzlich nicht richtig, daß Kavalleristen und Infanteristen verschiedene Löhne erhalten. Es ist grundsätzlich nicht richtig, daß die Löhne verschieden sind, je nachdem sich die Truppen in einer größeren oder in einer kleinen Organisation befinden. Das ist der eine prinzipielle Grund, den wir bei unterm Vorgehen gehabt haben. Bei der Entlohnung, wie sie die moderne Marine genommen hat, ist eine Differenzierung der Bezüge, wie sie jetzt zwischen den Heizern und Matrosen besteht, meiner Ansicht nach, nicht gerecht. Der Abg. Roste hat hier sehr starke Ausbrüche gebraucht. Ich glaube, er gebrauchte sogar das Wort

'Ungehrigkeit'

(Sehr richtig bei den Soz.), zur Kritikierung der Tatsache, daß die Sozialdemokraten bei der Beschäftigung der Werft grundsätzlich ausgeblieben seien. Ich habe mich gewundert, daß der Abg. Roste ein so schlechtes Gedächtnis hat. (Abg. Roste: Bist du gar nicht!) Es hat aber den Eindruck gemacht, denn am 25. März 1908 ist auf die Bitte des Abg. Roste den Abg. Roste, Scheidemann und Sebel gestattet worden, die Kieler Werft zu besuchen. Sie sind herumgeführt worden, und man hat ihnen in dem Werkbetriebe alles gezeigt, was zu sehen war. (Leb. Hört! Hört!) Ich glaube daher, ich habe ein gewisses Recht, zu sagen, daß der Abg. Roste das ein etwas

kurzes Gedächtnis

hat. Nach seinen Reden hier im Reichstags mußten wir erwarten, daß er einer Einladung nicht Folge leisten würde, und eine m Reflexion wollten wir uns nicht aushehen. (Beifall.)

× Abg. v. Oldenburg (lonf.): Der Staatssekretär muß es am besten verstehen, daher stimmen wir seinen Vorlesigen zu. Wir bewilligen nichts mehr ohne Bedingung. Der Staatssekretär sagte bei der zweiten Lesung, es wird befohlen und dann muß die Ungehrigkeit aufhören! Das war ein Wort, wie wir es lange hier nicht gehört haben. (Gelächter links.)

Schafjettat Wermuth bittet, am Beschluß der zweiten Lesung über die Heizerzulage festzuhalten. Abg. Dr. Strauß (Rp.): Kaufen Sie den Heizern nicht die Berufslosigkeit Herr Erpberger ist ja in allen Dingen Schmeicheleiger, aber von der Marinerverwaltung verheißt er nichts. Ich, wenn doch ein Staatssekretär einmal die Ingridenheit der angeblich notwendigen Agrarier verheißten wollte? Wegen die Journalkritik von der Art der Marine-Kundschau müssen wir uns energig wehren.

In namentlicher Abstimmung werden die Anträge auf Wiederherstellung der Heizerzulagen mit 162 gegen 116 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Die Mehrheit sieht sich zusammen aus der gelanten Linken und einem Teil des Zentrums. Der Marinetat wird erledigt, ohne Erörterung der Justiz-Etat.

Der Etat des Reichsfinanzamts.

× Abg. Dobra (Sp.) übt an den künstlerischen Eigenschaften der Zubühnenbemerkung der Werften, Unerschöpflichkeit und des neuen Einheitsrechnens heftige Kritik. Seine humorvollen Ausführungen entlocken anderen Heiterkeitsstürme.

× Schafjettat Wermuth und Abg. Windemann (wirtsch. Bsp.) nehmen die angeführten Künstler gegen diese Kritik in Schutz. Wenn man die Besprechungen ernstlich Künstler auf alle Art mit solem Spott überzieht, ermüdet man sie nicht und dient nicht der Kunst und dem Kunstgewerbe.

× Auf eine Anfrage des Abg. Wöbme (Soz.) erteilt ein Regierungskommissar die Antwort, daß die Angelegenheit der Strafburger Kanonenrichtschädigungen in allerhöchster Zeit zur Erledigung kommen wird.

Abg. Ztr. v. Camp (Rp.) regt an, mehr Denkmünzen auszugeben. Das würde einen hübschen Ueberfluß geben. Die Abg. Baumann (Ztr.), Suhlager (nl.), Schöpflin (Soz.), v. Derken (Rp.), Wieland (Rp.) und Prinz zu Siedow-Carolath (nl.) treten für die Votanten ein.

Schafjettat Wermuth erklärt, daß die geltenden Bestimmungen in weitergehiger Weise gehandhabt werden sollen, damit die Votanten möglichst zufrieden gestellt werden.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.) spricht im Sinne einer einheitlichen Zollverwaltung der Bundesstaaten, in Sachen der Beamtengehälter um.

Der Etat des Reichsfinanzamts wird erledigt, ebenso ohne Debatte der Kolonial-Etat.

Beim Etat des Reichsfinanzamts bringt Abg. Hengsdorf (Soz.) das letzte Duisburger Eisenbahnstudium zur Sprache.

× Präsident des Reichsfinanzamts Wadersarg: Der Duisburger Fall ist ein Ausnahmefall, der bei unterm bewährten Eigenleistungen wohl kaum noch einmal vorkommen dürfte. Die Prüfung des Falles ist noch nicht abgeschlossen.

Beim Etat der Reichsfinanzämter erklärt Schafjettat Wermuth auf ein Antrage des Abg. Aebert (Rp.), daß in der Verzinsung der Reichsschuld die Besserung der Reichsfinanzungen ganz deutlich zum Ausdruck kommen. Nachdem wir 1908 die großen Bedürfnisse der Vergangenheit durch Anleihen erledigt hatten, sind wir auf

platte: Bahn. Wir beschließen auch nicht, im weiteren Verlaufe dieses Jahres eine Anleihe aufzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

### Der Postetat.

Eine Resolution Giesberts (Ztr.) fordert, daß die nicht-etatsmäßigen Unterbeamten, sowie die zum Auftritten in Unterbeamtenstellen bestimmten Arbeiter und Handwerker spätestens nach zehnjährigem Dienstjahre etatsmäßig angestellt werden.

Abg. Giesberts (Ztr.) begründet die Resolution.  
Abg. Sengsbach (Soz.) fordert bessere Fortverbindungen zwischen Hamburg und Marzberg.

Abg. Hornmann (Rp.) führt Beschwerde über Entlassungen von Telegraphenarbeitern in den Bezirken Halle, Braunschweig und Erfurt.

Staatssekretär Kraetzke: Ich habe angeordnet, daß disziplinell gewordene Telegraphenarbeiter anderweitig untergebracht werden. Für Beurlaubte können nicht neue Kräfte angestellt werden. Die Verhältnisse von Hamburg werden geprüft. Die Resolution Giesberts ist nicht annehmbar.

Abg. Dr. Droscher (kon.) beantragt die Wiederherstellung der gestrichenen Postzettel und Oberpostdirektoren-Stellen.  
Staatssekretär Kraetzke tritt gleichfalls dafür ein.

Abg. Zehr. von Camp (Rp.) wiederholt den Antrag, ebenso der Resolutionen Giesberts.

Abg. Bed (nl.) spricht für den Antrag Droscher.  
Nach neunminütiger Sitzung geht die Erörterung über Postfragen noch weiter.

Abg. Eickhorn (Soz.) kommt auf „Halle“ aus der zweiten Lesung zurück. Werden die Beamten hier zur Sprache gebracht, dann schafft man die dadurch aus der Welt, daß der angestufte Vorgesetzte eine Protestliste auslegt, in die die nicht etatsmäßigen Bewerber eintragen müssen.

Staatssekretär Kraetzke: Särten liegen uns fern. Ich protestiere dagegen, daß wir etwas bemängeln wollen. Aber wir müssen die Fälle genau untersuchen. Sie bringen hier Anfeindungen vor, alle möglichen Dinge, namentlich von einem Montag die Rede (hört! hört!) — ich bestehe darauf: nennen Sie mir Ihre unbefangenen Vertrauensmänner.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Rp.): Nur zwei Minuten! Eine Tragikomödie. Sie werden sie nicht glauben? In einem heftigen Zwietracht trat vor sieben Jahren ein Direktionswechsel ein. Der neue Direktor bekam die Telefonapparate des alten. Beim Nebenansatz wurde versehenlich der Antrag getroffen. Und jetzt Nebenfragen fragen wir es nicht fertig, den alten Direktor aus dem Telefonapparat herauszubringen!!! (Stürmische Rufe des Entzuges und Empörung.)

## Preussischer Landtag.

### Herrnhäuser.

6. Sitzung, Dienstag, den 4. April.  
Am Ministertische: von Troitz u. Solz.  
Präsident Zehr. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Gelegenheitsurteil über die Besetzung blinder und taubstummer Kinder.

Eine Resolution der Kommission wünscht Berücksichtigung der Besetzung und Ausbildung der Taubstummenblinden, damit später auch für diese die Schulbesuchspflicht bestimmt werden könne.

Kultusminister von Troitz u. Solz: Die Regierung hat sich den Wünschen nach einem Gesetz über die Besetzung blinder und taubstummer Kinder gegenüber bisher abwartend verhalten. Will man diesen Wünschen entsprechen, so wird ein Eingriff in die öffentliche Gewalt nicht zu umgehen sein. Die Provinzialverwaltungen haben hier Mithilfe geleistet. Es ist aber nicht gelungen, auf Grund des Fürsorgeerziehungsgesetzes und des Bürgerlichen Gesetzbuches alle blinden und taubstummen Kinder in Anstalten unterzubringen. Der Entwurf führt die Schulspflicht für diese Kinder ein. Der von der Kommission beschlossenen Forderung des § 12, die auch den Staat zu den Kosten der Provinzen für das Blinden- und Taubstummenwesen heranziehen will, muß die Staatsregierung unbedingt widersprechen. Die Mehrkosten der Provinzen betragen nur etwa 250 000 Mk. Bei dieser Gelegenheit können nicht die Dotationen der Provinzen erhöht werden. Sollten Sie auf dieser Abänderung bestehen, so könnte das ganze Gesetz nicht zustande kommen.

Dr. Graf Jeltowski wünscht für die Provinz Posen zweisprachige Anstalten.

Dr. von Dziembowski: Die Provinzen werden große Mehrausgaben haben, wenn die Regierungsvorlage in ihrer Fassung Gesetz wird.

Eine Reihe von Paragraphen werden debattiert angenommen.

Kardinal Dr. v. Kopp: Wir wünschen, daß die bestehenden funktionellen Anstalten für Blinde und Taubstumme erhalten werden und daß von den zur Ausführung des Gesetzes berufenen Korporationen der religiösen Fürsorge Aufmerksamkeit zugewendet wird.

Ein dementsprechender Antrag des Grafen Droste u. Wiegand wird angenommen, abgesehen von der Berichterstatter Oberbürgermeister Boigt gegen ihn gewendet hatte.

Nach nochmaliger Erklärung des Kultusministers, daß der Kommissionsantrag über die Beitragsleistung des Staates an die Provinzen für die Staatsregierung unannehmbar wäre, wird § 12 unter Ablehnung des Kommissionsantrages angenommen.

Zu § 13 wird ein Antrag Dr. von Dziembowski angenommen, der den Disziplinarverordnungs- u. Lehrern der Kosten für die Erziehung orphansamer Kinder verpflichtet; mindestens 2/3 dieser Kosten hat der Kreis als Beiträge zu gewähren. Nach einem weiteren Beschluß sollen blinde und taubstumme Kinder vom ersten Beschluß unterliegen. Annahmen werden ferner die Resolution der Kommission und ein Antrag von Dziembowski, der eine baldige Neuregelung der Dotationen an die Provinzen für solche Fürsorgeeinrichtungen wünscht.

Der Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Westfalen, Rheinprovinz und in Ostpreußen.

Berichterstatter Zehr. v. Wiegand: Die Fortbildungsschulen sind ein Mittel, um den Kampf um die männliche Jugend mit Erfolg zu führen. Es kommt weniger darauf an, was, sondern was es gelehrt wird. Solange andere Lehrer nicht verfügbar sind, werden die Volksschullehrer diese verantwortungsvollen Verpflichtungen übernehmen müssen.

Generalsekretär Graf v. Haeseler: Der Gesetzentwurf steht weit hinter seinen Erwartungen zurück. Er überläßt die Einführung des Pflichtunterrichts der Gemeinde. Zu beantragen, daß jeder Kreis bis zum 16. Jahr Fortbildungsschulpflichtig ist. Sonntags soll mit Ausnahme der Kirche unterrichtet werden können.

Genf von Hohenhausen: Fahrrad- und Arbeiterfahrarten

ermöglichen es den jungen Leuten, sich jeder Kontrolle zu entziehen. Der Bescheid ist der einzige Willkür, auf dem gar nichts wäpft. (Beifall.) Die sozialdemokratischen Turnvereine und das böse Blatt „Arbeiterjugend“ verjagen unsere Jungen mit schäblichem und aufreizendem Bespötel. Wohnwagen großen Stils müssen getroffen werden. Die Pflichtfortbildungsschule muß überall eingeführt, für die Beherdigung müssen größere Beträge bereitgestellt werden. Von der dankenswerten Mitwirkung der Geistlichen soll ausgiebiger Gebrauch gemacht werden.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Das Ideal ist allerdings die obligatorische Fortbildungsschule; zur Lösung dieser großen Aufgabe fehlen aber die Mittel und die Beihilfe.

Staatssekretär A. D. v. Koser merkt sich gegen den Antrag auf Aushebung der Schulspflicht bis zum 18. Lebensjahre.

Genf v. Haeseler hält auch die obligatorische Fortbildungsschule augenblicklich noch für verfehlt. Wenn es möglich wäre, durch diese Schulen die in unserem Vaterland so beauerlich hart verbreiteten destruktiven Tendenzen zu lähmen, so hätte sich das in den Provinzen, wo sie besteht, längst zeigen müssen. (Sehr richtig.)

Oberkirchenrat Dr. Dreyer bittet, soviel als möglich das Angebot der Geistlichen anzunehmen.

Dr. Zehr. v. Landsberg nimmt dem Vordredner zu und tritt für den Sonntagsunterricht ein.

Der Antrag Haeseler wird abgelehnt. Absatz 1 in der Regierungsvorlage angenommen, die restliche Graf Droste ebenfalls gutgeheißt. Eine Resolution Graf Droste-Wiegand zugunsten des Religionsunterrichts findet ebenfalls Annahme, nach dem Kardinal Dr. v. Kopp ausgesprochen hatte, daß die Vorlage nicht genüge, weil man die Fortbildung auf das ganze Gebiet der Schule, also auch auf den Religionsunterricht, ausdehnen müsse.

Die Vorlage über die Aufhebung der Tertiarverhältnisse im Regierungsbezirk Straßburg und die Vorlage über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Staatsarbeiter und -Beamten werden debattiert angenommen, ebenso die Vorlage über die Erweiterung des Stadtrechts Breslau. Bei der Vorlage wegen der Erweiterung des Stadtrechts Stettin bemängelt.

Oberbürgermeister Bender-Breslau, daß nach einer neuerlichen Bestimmung in Eingemündigtenfragen aus die Provinziallandtage gehört werden sollen.

Genf v. Mantuffel: Zur Erweiterung von Stettin gehören diese Ausführungen nicht. (Beifall.)

Vorlage wird angenommen.

Mittwoch 1 Uhr: Staatsberatung. — Schluß 6 Uhr.

Die Freunde der Saale-Zeitung werden gebeten, auf ihren Reisen in Hotels und Restaurants überall nachdrücklich die „Saale-Zeitung“ zu verlangen.

## Deutsches Reich.

### „Eine beschämende Erscheinung.“

Zum Fall Jatho veröffentlicht die Vorstände der Freien Landeskirchlichen Vereinigung in Hessen und der Kirchlich-liberalen Vereinigung in Baden folgende Erklärung:

Die unterzeichneten Vorstände fühlen sich angefaßt des drohenden Spruchverfahrens gegen den Pfarrer Jatho in Köln zu der öffentlichen Erklärung verpflichtet, daß nach ihrer Überzeugung das neue preussische Lehrergesetz, obwohl es gegenüber dem früheren Zustand in Preußen einen unangenehmen Fortschritt bedeutet, doch für den deutschen Protestantismus eine beschämende Erscheinung bleibt und mit der evangelischen Glaubensanschauung grundsätzlich unvereinbar ist, insofern jede Feststellung sogenannter Irreligionen verhängnisvolle Präzedenzfälle schafft, der formaljuristischen Aufspaltung von Glaubensfragen Vor- schub leistet und die Entscheidung über solche dem plumpen Zufall der Mehrheitsbeschlüsse ausliest. Mögen auch die theologischen und philosophischen Ausdrucksweisen Jathos sehr anfechtbar sein — keiner von uns würde sich sie ganz zu eigen machen wollen, so ist doch seine tief wahrhaftige, innerlich erlebte christliche Frömmigkeit selbst vor seinen theologischen Gegnern bisher nicht in Zweifel gezogen worden. Der Verlust, diesen um die Mehrung und Vertiefung christlichen Lebens anerkannt hochverdienten Geistlichen von seiner teuren Gemeinde, deren Vertrauen, Verehrung und Liebe er sich in ungewöhnlichem Maße erworben hat, gleichsam zu trennen, würde jedenfalls weithin als ein unerträglich Eingriff in die Gewissensfreiheit empfunden werden, er müßte zur Zerrüttung dieser Gemeinde führen, den Lebenskräften der evangelischen Kirche einen unbeschreiblichen Schaden zufügen und den verdäulichen Irrtum neu befestigen helfen, als ob der evangelische Glaube in erster Linie die Zustimmung zu einem fertigen Lehrgelehrte sei, während ge-

rade für ihn das zu beherrschende Wort gelten sollte: „Nicht was wir meinen, sagt; nein, wie wir's meinen, das nur überwindet!“

### Meinungsverchiedenheiten der höchsten Gerichte.

R. Zwischen dem Oberverwaltungsgericht, Kammergericht und Bundesamt entstehen bisweilen Meinungsverchiedenheiten, welche bisweilen unerfreulich sind. Insbesondere gehen die höchsten Gerichte bezüglich der Auslegung des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auseinander, welcher u. a. bestimmt, wird das geistliche oder leibliche Wohl eines Kindes dadurch gefährdet, daß der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt usw., so hat das Vormundschaftsgericht die zur Anwendung der Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Das Vormundschaftsgericht zu D. hatte eine Verfügung erlassen, nach welcher die minderjährigen Kinder A. von ihrer Mutter, der Witwe A., getrennt und von dem Pfleger mit Hilfe der Armenverwaltung anderwärts untergebracht werden sollten, da die Mutter sich unehrliche, trinke und die Kinder recht vernachlässige. Der Armenverband D. betonte aber, armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit liege nicht vor, er brauche daher nicht für die Unterbringung der Kinder zu sorgen. Auf Beschwerde entschied aber der Bezirksauswahlschuss, daß der Armenverband die Kinder im Wege der öffentlichen Armenpflege unterzubringen habe, wie aus der Rechtprechung des Kammergerichts und Bundesamts zu folgern liege. Den Beschluß des Bezirksauswahlschusses lösch der Regierungspräsident durch Klage an und betonte, es handle sich vorliegen um eine erzieherische Maßregel, der Armenverband habe nicht die Pflicht, einzugreifen; in einem solchen Fall könne nur die Fürsorgebehörde eingreifen. Das Oberverwaltungsgericht entschiede auch die Klage für gerechtfertigt. Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts ist ein Beschluß des Bezirksauswahlschusses geistlich, welcher anordnet, daß ein Armenverband die Pflicht habe, dem Pfleger minderjähriger Kinder Mittel zu gewähren, um die Kinder anderweitig unterzubringen. Ein Armenverband könne geistlich nicht gewonnen werden, Kinder, welche der Erziehung bedürfen, erziehen zu lassen. Wenn Hilfsbedürftigkeit nicht vorhanden sei, könne dies auch nicht durch eine Anordnung des Vormundschaftsgerichts hervorgerufen werden.

Die erneute Eingabe der kommunalen Vereinigung in Eisen für den Bau einer elektrisch zu betrieblenen rheinisch-westfälischen Städtebahn von Dortmund nach Düsseldorf wurde vom Minister der öffentlichen Arbeiten abermals abgelehnt.

Der Minister lehnt auf dem Standpunkt, daß die Bahn den Charakter einer Wettbewerbslinie für die Staatsbahnen habe. Eine Vermehrung des Verkehrs werde durch die Bahn nur in geringem Umfange erfolgen, da bei solchen von der beherrschten Stationen die Entfernung von den Staatsbahnhaltungen gering sei. Dazu komme, daß die Bahn mit einer Beförderungsgebühr von 4 Pfennigen in der zweiten und 27 Pfennigen in der dritten Klasse pro Kilometer rechne, somit der ganze Verkehr der vierten Klasse und der Monatskarten, der Arbeiterarten und der Sonntagstaxienerverkehr wegen des billigeren Preises voraussichtlich der Staatsbahn verbleibe.

Der Beiseid des Ministers stellt den Ausbau der vorhandenen Bahnen im Industriegebiet in Aussicht.

Die Allgäuer Sühnenachricht nach Altdilling, die, wie wir schon berichtet, nach der Zentrumsniederlage in Kempen-Zimmernstadt geplant wurde, wird nun zur Ausführung kommen.

Wie dem „S. T.“ aus Kempen geschrieben wird, werden die Allgäuer katholischen Vereine, besonders die Burgen, Geseßen, Arbeiter, Volks-, Gesang- und katholischen Männervereine, mit Zahlen am 15. Mai nach Altdilling wallfahrten. Daß es sich trotz aller ultramontaner Mißgunstverleumdungen in der Tat um eine Sühnenachricht im angebeuteten Sinne handelt, geht schon daraus hervor, daß sich laut des veröffentlichten Einladungsbriefes Frauen an diesem Feste nicht beteiligen dürfen, während andererseits auch Männer und Jünglinge, die keinem Vereine angehört, teilnehmen können.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag Petitionen. Als Material wurden überwiegen die Petitionen um Verbesserung der Anteilsverhältnisse der Kangleidatäre und Gehilfen der Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte sowie der Staatsanwaltschaften sowie die um Erhöhung des Ansonngesalts der Gerichtsassistenten auf 1800 Mk. und Festsetzung der Gehaltsstufen wie bei den Ministerialassistenten der Reichsbehörden. Alle übrigen Petitionen vor Justizbeamten, um Verbesserung bzw. anderweitige Anordnung ihres Besoldungsalters wurden durch Verbergung zur Tagesordnung erledigt.

Im Reichsjustizamt trat Dienstag nachmittag die Kommission zur Reform des Strafrechts zur ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1909 veröffentlichten Wortentwurfs eines Strafrechtbuches einen verbesserten Entwurf auszubereiten. Der Vorsitz führt an Stelle des verstorbenen Staatssekretärs des Reichsjustizamts der frühere Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium, Wittk. Geh. Rat Dr. Lucas,

### Eine Wettbewerbslinie.

Die erneute Eingabe der kommunalen Vereinigung in Eisen für den Bau einer elektrisch zu betrieblenen rheinisch-westfälischen Städtebahn von Dortmund nach Düsseldorf wurde vom Minister der öffentlichen Arbeiten abermals abgelehnt.

Der Minister lehnt auf dem Standpunkt, daß die Bahn den Charakter einer Wettbewerbslinie für die Staatsbahnen habe. Eine Vermehrung des Verkehrs werde durch die Bahn nur in geringem Umfange erfolgen, da bei solchen von der beherrschten Stationen die Entfernung von den Staatsbahnhaltungen gering sei. Dazu komme, daß die Bahn mit einer Beförderungsgebühr von 4 Pfennigen in der zweiten und 27 Pfennigen in der dritten Klasse pro Kilometer rechne, somit der ganze Verkehr der vierten Klasse und der Monatskarten, der Arbeiterarten und der Sonntagstaxienerverkehr wegen des billigeren Preises voraussichtlich der Staatsbahn verbleibe.

Der Beiseid des Ministers stellt den Ausbau der vorhandenen Bahnen im Industriegebiet in Aussicht.

Die Allgäuer Sühnenachricht nach Altdilling, die, wie wir schon berichtet, nach der Zentrumsniederlage in Kempen-Zimmernstadt geplant wurde, wird nun zur Ausführung kommen.

Wie dem „S. T.“ aus Kempen geschrieben wird, werden die Allgäuer katholischen Vereine, besonders die Burgen, Geseßen, Arbeiter, Volks-, Gesang- und katholischen Männervereine, mit Zahlen am 15. Mai nach Altdilling wallfahrten. Daß es sich trotz aller ultramontaner Mißgunstverleumdungen in der Tat um eine Sühnenachricht im angebeuteten Sinne handelt, geht schon daraus hervor, daß sich laut des veröffentlichten Einladungsbriefes Frauen an diesem Feste nicht beteiligen dürfen, während andererseits auch Männer und Jünglinge, die keinem Vereine angehört, teilnehmen können.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag Petitionen. Als Material wurden überwiegen die Petitionen um Verbesserung der Anteilsverhältnisse der Kangleidatäre und Gehilfen der Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte sowie der Staatsanwaltschaften sowie die um Erhöhung des Ansonngesalts der Gerichtsassistenten auf 1800 Mk. und Festsetzung der Gehaltsstufen wie bei den Ministerialassistenten der Reichsbehörden. Alle übrigen Petitionen vor Justizbeamten, um Verbesserung bzw. anderweitige Anordnung ihres Besoldungsalters wurden durch Verbergung zur Tagesordnung erledigt.

Im Reichsjustizamt trat Dienstag nachmittag die Kommission zur Reform des Strafrechts zur ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1909 veröffentlichten Wortentwurfs eines Strafrechtbuches einen verbesserten Entwurf auszubereiten. Der Vorsitz führt an Stelle des verstorbenen Staatssekretärs des Reichsjustizamts der frühere Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium, Wittk. Geh. Rat Dr. Lucas,

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag Petitionen. Als Material wurden überwiegen die Petitionen um Verbesserung der Anteilsverhältnisse der Kangleidatäre und Gehilfen der Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte sowie der Staatsanwaltschaften sowie die um Erhöhung des Ansonngesalts der Gerichtsassistenten auf 1800 Mk. und Festsetzung der Gehaltsstufen wie bei den Ministerialassistenten der Reichsbehörden. Alle übrigen Petitionen vor Justizbeamten, um Verbesserung bzw. anderweitige Anordnung ihres Besoldungsalters wurden durch Verbergung zur Tagesordnung erledigt.

Im Reichsjustizamt trat Dienstag nachmittag die Kommission zur Reform des Strafrechts zur ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1909 veröffentlichten Wortentwurfs eines Strafrechtbuches einen verbesserten Entwurf auszubereiten. Der Vorsitz führt an Stelle des verstorbenen Staatssekretärs des Reichsjustizamts der frühere Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium, Wittk. Geh. Rat Dr. Lucas,

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag Petitionen. Als Material wurden überwiegen die Petitionen um Verbesserung der Anteilsverhältnisse der Kangleidatäre und Gehilfen der Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte sowie der Staatsanwaltschaften sowie die um Erhöhung des Ansonngesalts der Gerichtsassistenten auf 1800 Mk. und Festsetzung der Gehaltsstufen wie bei den Ministerialassistenten der Reichsbehörden. Alle übrigen Petitionen vor Justizbeamten, um Verbesserung bzw. anderweitige Anordnung ihres Besoldungsalters wurden durch Verbergung zur Tagesordnung erledigt.

Im Reichsjustizamt trat Dienstag nachmittag die Kommission zur Reform des Strafrechts zur ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1909 veröffentlichten Wortentwurfs eines Strafrechtbuches einen verbesserten Entwurf auszubereiten. Der Vorsitz führt an Stelle des verstorbenen Staatssekretärs des Reichsjustizamts der frühere Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium, Wittk. Geh. Rat Dr. Lucas,

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag Petitionen. Als Material wurden überwiegen die Petitionen um Verbesserung der Anteilsverhältnisse der Kangleidatäre und Gehilfen der Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte sowie der Staatsanwaltschaften sowie die um Erhöhung des Ansonngesalts der Gerichtsassistenten auf 1800 Mk. und Festsetzung der Gehaltsstufen wie bei den Ministerialassistenten der Reichsbehörden. Alle übrigen Petitionen vor Justizbeamten, um Verbesserung bzw. anderweitige Anordnung ihres Besoldungsalters wurden durch Verbergung zur Tagesordnung erledigt.

Im Reichsjustizamt trat Dienstag nachmittag die Kommission zur Reform des Strafrechts zur ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1909 veröffentlichten Wortentwurfs eines Strafrechtbuches einen verbesserten Entwurf auszubereiten. Der Vorsitz führt an Stelle des verstorbenen Staatssekretärs des Reichsjustizamts der frühere Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium, Wittk. Geh. Rat Dr. Lucas,

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag Petitionen. Als Material wurden überwiegen die Petitionen um Verbesserung der Anteilsverhältnisse der Kangleidatäre und Gehilfen der Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte sowie der Staatsanwaltschaften sowie die um Erhöhung des Ansonngesalts der Gerichtsassistenten auf 1800 Mk. und Festsetzung der Gehaltsstufen wie bei den Ministerialassistenten der Reichsbehörden. Alle übrigen Petitionen vor Justizbeamten, um Verbesserung bzw. anderweitige Anordnung ihres Besoldungsalters wurden durch Verbergung zur Tagesordnung erledigt.

Im Reichsjustizamt trat Dienstag nachmittag die Kommission zur Reform des Strafrechts zur ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1909 veröffentlichten Wortentwurfs eines Strafrechtbuches einen verbesserten Entwurf auszubereiten. Der Vorsitz führt an Stelle des verstorbenen Staatssekretärs des Reichsjustizamts der frühere Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium, Wittk. Geh. Rat Dr. Lucas,

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag Petitionen. Als Material wurden überwiegen die Petitionen um Verbesserung der Anteilsverhältnisse der Kangleidatäre und Gehilfen der Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte sowie der Staatsanwaltschaften sowie die um Erhöhung des Ansonngesalts der Gerichtsassistenten auf 1800 Mk. und Festsetzung der Gehaltsstufen wie bei den Ministerialassistenten der Reichsbehörden. Alle übrigen Petitionen vor Justizbeamten, um Verbesserung bzw. anderweitige Anordnung ihres Besoldungsalters wurden durch Verbergung zur Tagesordnung erledigt.

Im Reichsjustizamt trat Dienstag nachmittag die Kommission zur Reform des Strafrechts zur ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1909 veröffentlichten Wortentwurfs eines Strafrechtbuches einen verbesserten Entwurf auszubereiten. Der Vorsitz führt an Stelle des verstorbenen Staatssekretärs des Reichsjustizamts der frühere Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium, Wittk. Geh. Rat Dr. Lucas,

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag Petitionen. Als Material wurden überwiegen die Petitionen um Verbesserung der Anteilsverhältnisse der Kangleidatäre und Gehilfen der Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte sowie der Staatsanwaltschaften sowie die um Erhöhung des Ansonngesalts der Gerichtsassistenten auf 1800 Mk. und Festsetzung der Gehaltsstufen wie bei den Ministerialassistenten der Reichsbehörden. Alle übrigen Petitionen vor Justizbeamten, um Verbesserung bzw. anderweitige Anordnung ihres Besoldungsalters wurden durch Verbergung zur Tagesordnung erledigt.

Im Reichsjustizamt trat Dienstag nachmittag die Kommission zur Reform des Strafrechts zur ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1909 veröffentlichten Wortentwurfs eines Strafrechtbuches einen verbesserten Entwurf auszubereiten. Der Vorsitz führt an Stelle des verstorbenen Staatssekretärs des Reichsjustizamts der frühere Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium, Wittk. Geh. Rat Dr. Lucas,

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag Petitionen. Als Material wurden überwiegen die Petitionen um Verbesserung der Anteilsverhältnisse der Kangleidatäre und Gehilfen der Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte sowie der Staatsanwaltschaften sowie die um Erhöhung des Ansonngesalts der Gerichtsassistenten auf 1800 Mk. und Festsetzung der Gehaltsstufen wie bei den Ministerialassistenten der Reichsbehörden. Alle übrigen Petitionen vor Justizbeamten, um Verbesserung bzw. anderweitige Anordnung ihres Besoldungsalters wurden durch Verbergung zur Tagesordnung erledigt.

Gebiete des Schulwesens in den einzelnen Bundesstaaten nach der Entwicklung haben. Die zweite Petition rührt von dem national-liberalen Dr. C. Schöneberg her und bezieht sich insbesondere auf den Erfolg der deutschen Unterrichtsausschüsse in Brüssel. Die Petitionskommission, die jetzt schriftlichen Bericht an das Plenum erstattet, ist ebenfalls für die Überzeugung gekommen, daß ein Reichsschulmuseum neben dem kleineren über das ganze Reichland verteilten Schulmuseen, wie sie in der Zahl von 43 von Stadtgemeinden, Vereinen und Privaten bereits begründet sind, sowie neben größeren Landesmuseen (bis her bezieht nur Würtemberg ein solches) durchaus erforderlich ist und beantragt daher, die beiden Petitionen dem Reichstagler zur Erwägung zu überweisen.

Angeichts der Ausdehnung der Maul- und Klauenseuche in Salland verbot der Regierungspräsident von Danneberg die Einfuhr von Heu und Stroh in seinen Bezirk.

Der „L.-M.“ meldet: Im Dorje Armatio im Kubangebiet wurden neun deutsche Kolonisten von Räubern ausgeplündert und ermordet.

## Heer und Flotte.

Streichung der letzten Panzeranonenboote. Durch Kabinetts-order vom 18. März sind die vier letzten Panzeranonenboote „Crocobiti“, „Katter“, „Müde“ und „Storpon“ aus den Listen der Kriegsschiffe gestrichen worden.

Berechnung der Matrosenartillerie. Die in Wilhelmshaven und Friedrichsort in Garnison liegenden Matrosenartillerie-Abteilungen wurden um je eine Kompanie vergrößert.

## Hot- und Personalnachrichten.

Der Kaiser hörte Montag nachmittag im Achsion auf Korfu den Vortrag des Chefs des Marineabteils.

Die Kaiserliche „Hohenzollern“, mit dem Kronprinzen und der Kronprinzessin an Bord, ist Dienstag morgen von Korfu nach Brindisi in See gegangen.

Prinz Arthur von Großbritannien, Sohn des Herzogs von Connaught, ist Dienstag mittag in München eingetroffen, um im Auftrage des Königs von England dem Prinzregenten den Hohenloherorden zu überreichen. In der Residenz wurde Prinz Arthur von dem Prinzregenten empfangen.

## Die kommende Reichstagswahl.

Aus Sanaa wird gemeldet: Der Provinzialvorstand der Christlichen Volkspartei für die Provinz Heften-Nassau hat beschlossen, an Stelle von Prof. Dr. Paul Arndt in Frankfurt a. M., der von der Kandidatur zurückgetreten ist, den Bahndirektor Friedrich Fiedler in Wehra als offiziellen Kandidaten der Christlichen Volkspartei für den Wahlkreis Sünfeld-Hersfeld-Rotenburg a. d. Fulda aufzustellen.

Weiter aus Breslau gemeldet: Für den Reichstagswahlkreis Wittenberg haben die Konservativen und der Bund der Landwirte den konservativen Landtagsabgeordneten Dr. Wagner-Breslau aufgestellt. Das Zentrum wird einen eigenen Kandidaten aufstellen. — In Wittenberg ist 1907 der Sozialdemokrat Saule mit 15 835 gegen 11 844 waldkonservative, 8128 Zentrumsm., und 409 bündlerische Stimmen gewählt worden.

## Ausland.

### Rebellion in Fes.

Nach den letzten Nachrichten aus Fes, die über Tanger nach London gelangt sind, ereignen dort am 29. März ein Palastbeamteter, den die Rebellen vor einigen Tagen gefangen genommen hatten, als deren Parlamentarier. Er übermittelte die Friedensbedingungen, deren eine die Verbannung aller Christen war. Die Gharb-Stämme in der Nähe von Mekas erhielten eine vom 28. März datierte Botenschaft der Rebellen, in der ihnen mitgeteilt wurde, daß alle Stämme von Taza (125 Kilometer östlich von Fes) bis zur atlantischen Küste sich an der Revolution beteiligen sollten. Sollten die Gharb-Stämme ihre Hilfe verweigern, so würden sie von den kriegstüchtigen Feinden Mulay Hafid vernichtet werden. Gut unterrichtet, in Fes wohnhafte Europäer haben schon vor einer Woche die Überzeugung ausgesprochen, daß die Stadt kapitulieren werde, sobald ein ernsthafter Versuch zu ihrer Belagerung unternommen würde. Mulay Hafid und seine Minister sind sehr unpopulär bei der Bevölkerung. Auch in Tanger und anderen Städten sympathisiert man mit den Rebellen. Ueber den neuesten Stand der Dinge in der marokkanischen Hauptstadt berichtet der „L.-M.“:

Paris, 4. April. Mit harter Geschloßheit vereinigen sich gegenwärtig die Chefs aller dem Sultan Mulay Hafid feindseligen Stämme im Gebiete der Ghanas, denen die Führung übertragen wurde. In Fes besteht Hoffnung, daß diese große Notabelversammlung in Unfrieden enden werde. Die Europäer in Fes zeigen sich materiell opferwillig und erfordern die Konjunktur, bis auf weiteres in Fes bleiben zu dürfen. Diese Nachrichten trafen hier jedoch über Tanger ein.

In Tanger soll unter Mitwirkung gewisser europäischer Kreise eine Wiederbesetzung Abdul Asis' zum Sultan betrieben werden. Zweifelslos werde eifrig auf ein bewaffnetes Einschreiten der Franzosen in der Schaulja angewartet; es werde dem Sultan nahegelegt. Inzwischen jedoch man einzelne französische und englische Kolonisten an die Küste, um die Deutschen in Fes zu veranlassen, diesem Beispiele zu folgen, damit man in Fes vollständig freie Hand bekomme.

Paris, 4. April. Mehreren Blättern wird aus Tanger gemeldet, dort sei abends das Gerücht verbreitet gewesen, daß die künftige liberale Partei in Fes sich mit dem Hauptführer der Beni Mird und der Ain Jusuf verständig und ihnen die Stadttore geöffnet habe, um Mulay Hafid gefangen zu nehmen. Der in Paris weilende französische Gesandte in Tanger, Regnaud, erklärte mehreren Deputierten, daß die Regierung keinerlei Bestätigung dieser pessimistischen Gerüchte erhalten habe.

### Der Aufstand in Albanien.

In den Kämpfen mit den Rebellen im Jemen und Albanien sind die türkischen Truppen jetzt überall siegreich. Wahrscheinlich ist die umgestülpte Stadt

Sanaa bereits von ihnen erobert worden. Bis der Oberbefehlshaber der türkischen Truppen aus dem Aufstandsgebiet im Jemen nach Konstantinopel meldet, rüden die Truppen, nachdem sie eine feste Stellung der Aufständischen nach zweifelhafte Kampfe genommen haben, gegen Sanaa vor und sind mit den Streitkräften des Imam Yahia, die sie am Vormarsch zu hindern versuchen, in einen heftigen Kampf verwickelt. Nach einer Meldung des „L.-M.“ sollen die Truppen bereits in Sanaa eingedrückt sein. Telegraphisch wird gemeldet:

Salonik, 4. April. Issa Boleshtina, der sich dem türkischen Gefährtsführer in Cetinje stellte, wurde heute mit ungefähr 200 Gefossen von Bogoriza nach Leslib transportiert. Sie verlor, daß Issa Boleshtina durch Salina einer größeren Summe auf Veranlassung leitender Kreise bestimmt wurde, sich endlich ruhig zu verhalten und die Agitation in Albanien einzustellen.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 5. April.

### Frühjahrs-Kontrollveranstaltungen.

Die Frühjahrskontrollveranstaltungen 1911 im Landwehrbezirk Halle a. S. finden wie folgt statt:

#### Kontrollplatz Niemegk (am Bahnhofs)

für alle Jahrestafeln und Waffengattungen der Reserve, Land- und Seewehr 1. Aufgebots und der Ersatzleute:

Am 6. April 1911 vorm. 8 Uhr aus den Ortschaften: Eismannsdorf, Gdewitz, Soben, Hohenbuckum und Niemegk.

Am 6. April 1911 vorm. 9½ Uhr aus den Ortschaften: Braßkowitz, Dammendorf, Pögnitz, Hofenfeld, Schweg, Spindendorf und Bura.

Am 6. April 1911 vorm. 11 Uhr aus den Ortschaften: Braßkowitz, Harsdorf, Jandunen, Obermalisch, Oppin, Oppin-Ziehlitz, Prantk, Rabak und Untermalisch.

### Eigenartiger Staatsbetrieb.

Unverträgliche Zustände bestehen zurzeit bei der Königl. Kreistafel.

Der Antrag der Geldempfangler ist zum Viertelsjahresersten immer ein gemäßigter. In diesen Tagen konnte er doch aus nicht zufriedenstellend bewältigt werden, selbst bei billiger Rücksichtnahme. Viele Beamte, alte und gebrechliche Pensionäre und Witwen mußten den Weg zur Kreistafel diesmal mehrmals machen, weil nicht ankommen war. Erst nach mehrtägigen Warten, oder Auf- und Abgehen auf der Friedrichstraße, konnten sie „zu Gelde“ kommen.

Sier tut im Interesse des Publikums, wie des Staates durchgreifende Abhilfe bringend; viel, vieles ist änderungsbedürftig. Zunächst kann wohl ein so umfangreicher Betrieb nicht durch einen Beamten versehen werden. Die Geschäftsstunden für das Publikum sind zu kurz bemessen. Sodann ist der Kassenturm viel zu eng, der Vorkaum halbkreisförmig, und das alles recht wenig sauber, mit schlechter Luft angefüllt. Für die Wartenden ist — eine kleine Hofbahn im Kassenzimmer vorhanden. Man sollte meinen, daß die Reichs-, Staats-, Kirchen- und Schulpensionäre oder deren Witwen einen Anspruch auf bessere Bedienung bei Empfangnahme ihrer wohlverdienten Bezüge hätten. Infolge dessen wurde auch berechtigter Weise viel Unwillen geäußert. Aber auch der Staat leidet unter so dürftiger Einrichtung und mangelhafter Verwaltung. Geldeinleger für das Staatsgeldbuch kommen ein zweites oder drittesmal mit ihrem Geldern nicht wieder.

Also, Hilfe, Herr Regierungspräsident!

### Unser früherer Stadtbaurat Genzmer

— der zurzeit Professor an der Technischen Hochschule in Tanszig ist, hat einen Ruf an das neugegründete städtische Seminar der Dresdener Technischen Hochschule erhalten.

### Der Hilfsdienst der Provinz Sachsen

wird in diesem Jahre vom 15. bis 17. Juni in Aschersleben abgehalten.

### Der Hilfsverein für Taubstumme in der Provinz Sachsen

hat sich in den acht Jahren seines Bestehens aus kleinen Anfängen stetig weiter entwickelt. So daß sich gegenwärtig seine Wirksamkeit bis zu den Grenzen unserer Provinz erstreckt. Die Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse, die Einführung von Maschinen in Betrieben, in denen sonst die Handarbeit vorherrschte, treffen den Taubstummen früher als seinen hörenden Mitarbeiter und schwerer als diesen; denn Veränderungen in den Produktionsweisen vermag der Gehörlose sich nur schwer anzupassen, bei dem überreichen Angebot von Hilfsmitteln Kräfte auf dem Arbeitsmarkte muß der Vierfüßler stets zurückschleichen. Der Fortschritt der Zeit brachte dem taubstummen Handwerker nur Unlegen, und es muß ernstlich erogen werden, ob es nicht ratsamer ist, die in Anfalten verlassenen Taubstummen anderen Betrieben zuzuführen. Nur wenige Menschenfreunde finden sich noch, die sich ernstliche Mühen, taubstumme Bedienstete oder Gehilfen in ihre Säue und ihre Arbeitstätte aufzunehmen. Die vermehrte Zeit, die ihrer Ausbildung aendmet werden muß, wirklich vorhandene, aber nur in der Einsilbung der Punkte bestehende Eigenschaften der Gehörlosen können viele Verderben ab. Dazu kommt leider, daß sich den Taubstummen nur in den wenigsten Anstalten Gehörlose bietet, durch für sie geeignete Fortbildungsmöglichkeiten keine Kenntnisse zu erlangen und in Bezug auf die Nachausbildung zu erlernen. In Kronheitsfällen und in Fällen allgemeiner Not gestaltet sich das Los der Taubstummen besonders traurig und es ist ihnen dann die Hilfe ihrer hörenden Mitmenschen geradezu unentbehrlich. In allen Fällen, in denen der Taubstumme die Hilfe seiner Mitmenschen bedarf, muß der Hilfsverein eintreten, weil Berater und Helfer sein, der durch guten Rat, Fürsprache, Vermittlung von Arbeitsgelegenheit und in Fällen dringender Not auch mit Geldunterstützungen zur Seite steht.

Im abgelaufenen Vereinsjahre mußte der Verein in neunzig Fällen Geldunterstützungen, meist in größeren Beträgen, gewähren. 5 taubstumme Frauen resp. Mädchen konnte durch Beschaffung von Nähmaschinen der Broterwerb ermöglicht bzw. erleichtert werden. 5 Taubstumme mußte der Verein in hässliche Obhut nehmen, da sie ohne dauernde Hilfe nicht leben können.

Das Entgegenkommen der Behörden in Stadt und Land, die Opferbereitschaft von Jogen und anderen Verbänden und der Wohlthätigkeit der Bewohner unserer Provinz haben dem Vereine die Mittel zu den Unterstüßungen, ermöglichten es, daß der Unterstüßungsfonds des Vereins auf 33 141,69 M. anwachsen konnte. Nach wie vor ist das Augenmerk auf die Errichtung eines „Heims für taubstumme Mädchen“ gerichtet, das seinen Inhabern eine Fortbildungsschule sein soll, eine Stätte, an der sie tüchtig gemacht werden sollen, den gerade für diese Jermnen besonders schweren Kampf ums Dasein erfolgreich zu bestehen, wo sie auch diejenige Kenntnisse und Fertigkeiten im Kochen und anderen hauswirtschaftlichen Dingen erlangen sollen, die sie befähigen, als ledige Hausfrau ein Hauswesen zu führen. Bei Arbeitslosigkeit soll das Heim eine Zufluchtsstätte bieten, bei Krankheit und im Alter ein Pflege- und Ruheort. Der Fonds zur Errichtung eines solchen Hauses ist auf 27 282,68 M. gewachsen, eine schöne Summe, jedoch noch lange nicht genug, auch nur den Anfang eines so nötigen Zustands zu wagen.

In dem Vereinsjahresbericht heißt es dann weiter: Mit Dank muß der Herr Bankier Haehlinger-Halle gedankt werden, der alljährlich eine namhafte Summe dem Fonds als Baufreitugehen läßt. Wer folgt seinem edlen Beispiele? Mitmenschen, die Ihr glückselig seid, öffnet Eure Herzen und Hände! Der Vorstand hofft zuverlässig, daß auch im neuen Vereinsjahre zu den allen treuen Freunden der Taubstummen sich neue finden werden, die mittheilen wollen, ihren von Natur schwererhörten Mitarbeitern und schmerzlich ihr Los zu erleichtern, aus Unglücksfällen Glückseligkeit zu machen!

Der Hilfsverein findet auch in diesem Jahre seine Boten in Stadt und Land, um die Mitgliederbeiträge einzuholen und neue Mitglieder zu werben. Die taubstummen Männen überall Wohlwollen entgegengebracht werden, möge Ihre Bitte für Ihre Brüder nicht vergeblich sein!

Die Mitgliederversammlung findet am 6. April, mittags 1 Uhr in der Aula der Taubstummenanstalt zu Halle statt.

## Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für die Richtigkeit der Angaben im vollen Umfange der Einzelheiten verantwortlich.)

### Händels Klageged in W-Dar.

Roland, wie redest Du so wahr und redt; Bist doch aus waderem Geschlecht! Man braucht doch nicht mal Stein zu sein, Erspahret doch auch epernes Gesein, Wenn solche Dinge sich begeben sollen Durch Männer, die das Beste wollen, Kann Deinen Samen ich in Ede bringen, Ein Kagenkündchen würd ich singen! Die Herrn vom Rat begriffen's dann gern, Was he'll'ge Kunst — und was ihr fern. Ja, wär' von größerm Leibesumfang ich — Gleich der Baarier — dann s'berlich Würde meinen Kopf man da erweisen Der Schantwirtschaftlichen Ueberlist' von dort zu setzen Wer hilft uns nun aus all der großen Not? Roland, schlag drein, sonst gnad' uns Gott!

J. P.

## Provinzial-Nachrichten.

### Ein gewissenloser Vater.

Dresden, 4. April. Spalengänger machten gestern in der Dresdener Heide einen schauerlichen Fund: Unter einem Dorngestrüpp lag ein etwa vierzigjähriger Mann mit zwei Knaben im Alter von sieben bis zehn Jahren tot auf der Erde. Da seine äußeren Verletzungen an den Leiden wahrzunehmen waren, vermutete man sofort, daß die Unglücklichen Gift genommen hatten. Die angestellte Untersuchung bestätigte denn auch diese Vermutung. Zunächst wurde festgestellt, daß die Toten der Schuhmachermeister Robert Künze aus Blawitz und dessen zwei kaulpflüchtige Knaben waren, die seit Sonnabend vermißt wurden. Daß Künze Selbstmord verübt haben konnte, hatte man aber nicht vermutet, da er ein lebensfroher Mann gewesen war. Der Meister hatte sich vor kurzem zum zweiten Male verheiratet, und seine Frau hatte einige Erparnisse mit in die Ehe gebracht. Der Schuhmacher vererbte aber dieses Geld in kurzer Zeit und geriet später in Schulden, die er nicht decken konnte. Am Sonnabend war nun ein Bescheid fällig, den er nicht einzulösen vermochte. Er sagte deshalb den Entschluß, seinen geliebtesten Kain nicht zu überleben und seinem Leben mit dem seiner Kinder aus erster Ehe ein Ende zu bereiten. Er nahm deshalb seine beiden Knaben mit in die Dresdener Heide und vergiftete sie dort mit Cyankalium. Darauf nahm er selbst das Gift.

### Goldene Hochzeit.

§ Försig, 3. April. Das David Elze'sche Ehepaar hier hat am Sonnabend die goldene Hochzeit gefeiert. Die Einsegnung von 300 Wrdstibionius Heergesellen in dessen Wohnung und überreichliche dabei gleichzeitig im Namen des Kaisers die Ehejubiläumswedachtel und im Namen des Gemeinde-Kirchenrats eine Prachtfeier. Der Magistrat beglückwünschte das Jubelpaar und überreichte zugleich ein prächtvolles Blumenarrangement.

### Beschwinnen einer Lehrerin.

Eilenach, 4. April. Hier ist seit einigen Tagen eine junge Dame, die 19jährige Charlotte Gemeinhart aus Altenburg, sputlos verschwand. Sie hatte das Eilenacher Lehrerseminar besucht und am Donnerstag die Abgangsprüfung mit Erfolg bestanden. Nach patte sie ihre Koffer, um nach Hause zu fahren, besaß sie noch eine Artzgehung und wurde deshalb nicht mehr gesehen.

Mühleln, 3. April. (Unter der Firma „Neue Volkseigenen Gesellschaft Mühleln und Umgegend a. G. m. b. H.“) ist in Försig ein neues Unternehmen gegründet worden, das Mühleln auf gemeinschaftliche Rechnung und Gefahr verwaltet. Den Vorstand bilden die Gutsbesitzer Oswald Schilde in Neumarkt, Gustav Lohse in Maderling und Reinhold Händorf in Mühlendorf.

Bad Kösen, 3. April. (Die neue Saalebrücke) an der „Rabe“ bei Kösen wird am 15. April dem öffentlichen Verkehr

Übergeben. Sie ist aus Holz auf zwei Tragstücken aufgebaut. Die Fußstärker wird dadurch nicht gehemmt.

**Droßig, 3. April.** (E n j ä h r e n d e) fand der Zigarrenhändler Paulsen vor hier. Er war, um den Zug noch zu erreichen, früh sehr schnell zur Bahn gelangt, hatte sich erfrischt und wurde dann auf der Fahrt von Droßig nach Großhagen vom Schläge getroffen. In Großhagen wurde er ausgelegt und fand kurze Zeit darauf.

**Einleben, 3. April.** (G o l d e n e H o c h z e i t) Am Sonnabend feierten die Studischen Eheleute hier im Kreise ihrer beiden Töchter, deren Mütter und 4 Enkel das Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubilar, ein Kriegsveteran von 1866, 70 und 71, ist durch 10 Jahre lange Krankheit gelähmt und körperlich geschwächt. Seine Gattin ist ihrem hohen Alter angemessen noch frisch und gesund. Pater Köhler legte die Studischen Eheleute ein und überreichte ihnen das Geschenk des Kaisers. Abends 9 Uhr wurde das Zubehören durch ein Ständchen des Hofunterbesitzer-Bereins unter Leitung seines Dirigenten Ober-Pollitzschen Föhler, der Ehrenmitglied des Veteranen-Bereins ist, überreicht.

**Wallestedt, 3. April.** (E i n b r a u d i e h e t a h l.) Der Rädermeister Ludwig E. in Opperde vernichtete aus seinem im Schlafzimmer stehenden Geldschrank die Geldkassette mit etwa 310 M. Inhalt. Der Verdacht, daß ein früherer Welle des Bestohlenen, der in einer Gastwirtschaft in Wallestedt verweilende Wäldergeselle Albert H., den Diebstahl ausgeführt habe, wurde durch eine Hausdurchsuchung bestätigt. In einem im Ofen versteckten Leinwandstück fand man noch 21 M. in Silber eingewickelt vor. Den Rest hatte der Dieb zum Teil mit Kellerneinern in Wein und Sekt vermischt, zum Teil Logisführern bezahlt. S. ist am 31. März, morgens gegen 4 Uhr durch die ungeschlossene Gardentür in das Gebäude gelangt. Im Hofe ist er mittels einer Leiter durch den Futterboden in das Haus eingedrungen. In der parterre liegenden Wohnstube fand H. den Schlüssel zum Geldschrank, den er öffnete, ohne daß die mit den Kindern noch schlafende Frau E. davon etwas merkte. Kassette und Schlüssel hat später der Dieb in eine hinter dem Hause liegende Feldgrube geworfen.

**Magdeburg, 3. April.** (S i c h t m o r d.) Der hiesige Gerichtsvollzieher R o s c h i n s k i hat sich in einem Anfall von Schwermut erschossen, während Frau und Tochter nach Brandenburg zu einer Hochzeitfeier gereist waren.

**Schmidewitz (Bez. Halle), 3. April.** Der Magistrat und die Stadtverwaltung des bekannten Eisen- und Stahlwerks schrieb dem Veteranenverbande: „Wir gestatten uns, Ihnen sehr ergebenst mitzutheilen, daß wir den Mitgliedern Ihres Verbandes 20 Prozent Ermäßigung auf die Wälder und Kurtaxie gewähren, in der Zeit vom 1. April bis 1. Mai keine Kurtagz von denselben nehmen und dieselben für den Preis von 3 M. pro Tag mit voller Verpflegung in schönen Wohnungen unterbringen wollen. Wir hoffen, damit vielen alten Veteranen dienen zu können.“

**Dessau, 4. April.** (G r a u j ä h r i g e S i c h t m o r d.) Einem tragischen Schicksal ist die 27jährige Tochter des Restaurateurs U. (Hotel Spinnboden) zum Opfer gefallen. In einem Anfall von Gemüthsverwirrung überzog sie sich mit Petroleum und zündete dann ihre Kleider an. Am ganzen Leibe brennend, wurde sie aufgefunden. Man schaffte die Schwerverletzte ins Krankenhaus, wo sie noch abends starb. Bebestummer soll die Verstorbenen zu dem verzeitelten Schritt veranlaßt haben.

**Rom Eisenbahn, 3. April.** (E i n E i s e n b a h n u n g l ü c k) In unübersichtlicher Höhe wurde auf der Strecke Neinlede-Niederhörn nach Ostfriesland verhängt. Zur Bahnhofseisenbahn (Eisenbahn) lösten sich von einem Zuge vier Wagen ab, die mit großer Geschwindigkeit rückwärts fuhren. Auf dem Bahnhof Schweda gelang es den Beamten mit vieler Mühe, Hemmschuhe unterzulagern; die Wagen ließen jedoch noch eine ganze Strecke weiter, ehe sie zum Stehen kamen. Zum Glück war die Gefahr rechtzeitig bemerkt worden, so daß man einen Zusammenstoß mit dem nach Treuttau fahrenden Zuge durch Umstellen der Weiche verhindern konnte.

## Theater und Musik.

### Bühnenchronik.

car. Der Kaiser hat zur öffentlichen Aufführung des von Frau Paula Thomas in Kottbus verfassten Schauspiels „Friedrichs Rex“, in dem Friedrich der Große handelnd dargestellt wird, die Genehmigung erteilt.

car. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus zu Berlin wurde das dreiaktige Schauspiel von Carl M. Jacob „E n i C h e“ von dem Publikum mit hartem Beifall aufgenommen.

el. „Glaube und Heimath“ wurde in Weimar vom Regisseur Wilhelm vortrefflich vorbereitet, im Hoftheater zum ersten Male aufgeführt und mit Begeisterung aufgenommen.

„Die drei Grazien“, ein Lustspiel von Oskar S t u m e n t a l und Rudolf Potzhar fand bei seiner Uraufführung im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg von Beginn an eine sehr freundliche Aufnahme.

o. „Der falsche Prinz“, ein Märchenstück in drei Akten von A d a m u s, dem bekannten Berliner Satiriker, hatte bei der Uraufführung im Herzoglichen Hoftheater in Dessau einen starken und ehrlichen Erfolg. Die padende Steigerung im dramatischen Aufbau und die geistreiche Versprache insinuierten das Publikum, das den Autor und die Darsteller begeistert hervorrief.

Man schreibt uns: Der Fürst von Schwarzbürg-Sondershausen hat den Generalmusikdirektor Professor Rudolf H e n r i c h s e n t h e i m e n e m zum 1. April d. J. von seinen Diensten als Dirigent des Fürstlichen Hoftheaters in Sondershausen und als Direktor des Fürstlichen Konzerntoriums entlassen und vom genannten Zeitpunkt ab den Hofkonzertmeister Professor Carl C e r b a c h zum Dirigenten der Fürstlichen Hofkapelle in Sondershausen mit dem Dienstrang Hofkapellmeister, und zum Direktor des Fürstlichen Konzerntoriums ernannt.

Zum Leiter des Neuen Volkstheaters (Neue freie Volkshöhne) in Berlin ist, wie die „L. N.“ erfahren, der Regie- und Bühnendirektor Herr Union, Georg Springer, berufen worden.

„Glaube und Heimath“ wird während der Züriner Ausstellung in der italienischen Uebersetzung von Traversi, mit Jacconi in der Hauptrolle aufgeführt werden.

aus Tokio wird gemeldet: Hier ist das erste moderne Theater großen Stils errichtet worden, das eine Ausgabe von 50 000 Thaler verurtheilt hat.

In der Wiener Volksoper erzielte die deutsche Uraufführung von Vittorio G e a c c i a s melodramatischer Tragödie in einem Akt „A f f a n d a“ mit dem Chor. Die G e u m e n d e n“ einen lauten Erfolg. Das Geripp der Handlung, H a m a n o n s Heimkehr und Ermordung, der K a n d a n z, die zuletzt von A p t e m n e t z a auch getödtet wird, helfend betwöhnt, ohne sie hin-

bern zu tödzen, ist von G u e c c h i gut erdacht, von I l l i c a aber ins Italienisch-Theatralische gewendet und von Ludwig H a r t m a n n schicklich veredelt. Der anwesende Komponist wurde mit den Intermezzo gut gefreut.

Die Kölner F e s t s p i e l e im Opernhaus beginnen am 11. Juni mit einer Trika - Aufführung, die von Generalmusikdirektor Professor Max S c h i l l i n g s geleitet werden soll. Es schließen sich daran die beiden Aufführungen des K o l e n f a v a l l e t s am 17. und 18. Juni, beide unter Leitung des Komponisten, Dr. Richard S t r a u ß, der bei jeder Gelegenheit seine Oper zum ersten Male selbst dirigiert. Am 21. Juni gehen unter Otto V o h l e die „M i t t e r l i n g e“ in Szene; am 25. Juni findet das Schlußfest des Schiller-Theaters de la Monnaie statt, die G e r m a n e n - Aufführung in französischer Sprache, unter der musikalischen Leitung von Salvoani Dupuis. Dann folgt als letzte Vorstellung am 29. Juni, durch ein Wiener Operntemselmest dargestellt, die „F i e d e r m a u s“, von Köhler dirigiert.

Ueber die Aufführung der Operette „M a j e s t ä t M i m i“ im Deutschen Operntheater zu Hamburg wird der „S. 3.“ am Montag geschrieben: Wenn man Namen wie Felix D ö r m a n n und K o d a K o d a als Vortrefflichen liest, so erwartet man etwas literarisch Wertvolles. Um so mehr ist man enttäuscht, sonntieren zu müssen, daß die beiden Autoren diesmal vollständig verlagert haben. Nichts Neues und Eigenartiges, und die wenigen poetischen Späße wirken schon bei der Generalprobe so abgeschwächt, daß sie fast gar nicht einströmen. Die Musik von W a l t e r S t r a u ß n e b e n ist recht gefällige Motive; jedoch geht sie sich so oft an alts bekannte Melodien an. Dant der guten Ausführung wurde das Werk mit Wohlwollen freundlich aufgenommen.

L. A n n a b a L i n d n e r, die Heroine des königlichen Schauspielhauses, ist aus dem Verbanne des königlichen Schauspielhauses in Berlin ausgeschieden und wird kein festes Engagement mehr annehmen. Die Künstlerin hat durch 21 Jahre unter Hofbühne angehört und tette sich, speziell unter der Direktion Merlon, mit Hofa-Poppe in die Heroinnenrollen des klassischen Repertoires.

Die für Montag in Aiga angekündigte und bereits ausverkauft gewesene „D e o i a s“ Aufführung der Reinhardt-Truppe wurde abgefallen, da die Zollbehörde für die Kostüme 9000 Mark Zollgebühren verlangte.

### Ein freilebendes Orchester.

Das Orchester des Nürnberger Stadttheaters ist, dem „L.“ zufolge, einige Zeit in eine Bewegung zur Aufhebung seiner Besoldung einmündet, und es hat vor etwa drei Wochen einen neuen Gagentarif eingereicht. Ein definitiver Beschluß ist dem Orchester hierauf noch nicht zugegangen. Inzwischen hat die Direktion verhandelt, durch auswärtige Agenturen, namentlich in Norddeutschland, Orchestermitglieder zu engagieren. Diese Bemühungen um Erfolg wurden durch Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes zur Kenntnis des Orchesters gebracht. Hierauf hat das Nürnberger Orchester an die Theaterdirektion die Forderung gerichtet, eine Zulage über den Gagentarif zu geben, widrigenfalls es sofort seine Tätigkeit einzustellen werde. Dadurch war die angelegte deutsche Uraufführung von W a l f e n e t s O p e r „D o n Q u i x o t e“ in Frage gestellt. Endlich erklärten die Orchestermitglieder ihre Bereitwilligkeit wieder an der Aufführung mitzutheilen, indem sie sich spätere Verbesserungen vorbehalten. Ueber das Stadttheater verhängte der Allgemeine Deutsche Musikerverband die Sperre.

Bei dem zweiten Leipziger Badfest (20.-22. Mai 1911) werden außer den schon genannten drei großen Choronzerten noch zwei Kammermusikkonzerte im Leipziger Gewandhaus veranstaltet werden.

## Vermischtes.

### Suffragettes und Volkszählung.

Am Montag beginnt in London das Einmündeln der englischen Volkszählungspapiere. Auf diesen muß angegeben werden, wo die zu zählenden Personen in der Nacht vom 1. bis 2. April gemohnt haben. Mit viel Vergnügen betrachtet man die Bemühungen der Suffragettes, die der Regierung bei der Volkszählung Schwierigkeiten machen wollen.

Die Suffragettes wollten sich nachts um 1 Uhr auf den Straßen, besonders dem Trafalgar Square, verammeln und darauf eine Plakathstellung in einem großen Theater geben. Die Direktion hat jedoch die ursprüngliche Einwilligung zurückgezogen. Nunmehr haben sie die Rollen zu h a h n gemietet und wollen sich dort bis zum Morgen ansammeln. Wahrscheinlich werden die Suffragettes bei ihrem Vorhaben von der Bevölkerung gründlich verhöhnt werden, jedoch trifft die Polizei Maßnahmen, um ernste Unruhestörungen zu verhüten.

### Der Schuhwarenfabrikant als Operntenor.

Die Direktoren der Pariser Oper haben einen aus Chile stammenden Tenor M a g n e r e engagiert. Magnere, der erst vor kurzem seine Stimme entdeckt hat, betreibt in Chile eine Schuhwarenfabrik und will diese nunmehr verkaufen, um an der Großen Oper zu debütieren.

### Ein neues Gemüt.

In der „Deutschen Schriftsteller-Zeitung“ finden wir folgendes Interim:

Unentwickelter Dichter, der schon mehrere lyrische und dramatische Werke hat veröffentlicht lassen, sucht einen Verleger oder einen Interferenten, der die weitere Herausgabe der Manuskripte ganz oder teilweise übernimmt. Eine Ausgabe dürfte mindestens 20 Bände fassen. Angebote unter D. S. 3. 327 an die Expedition dieses Blattes.

Kampf zwischen Schulreuten und Zigeunern. Einen heftigen Zusammenstoß zwischen Zigeunern und der Polizei gab es Montag nachmittag bei dem Pferdemarkt in Frankfurt a. M. Die Zigeuner waren unter sich wegen eines Pferdehandels in Streit geraten, als ein Schuhmann einstrich, um den Hauptstreiter zu verhaften. Dabei fiel aus der Mitte der Zigeuner ein Schuh. Die Zigeuner umringten den Schuhmann und entziffen ihm den Verhafteten. Daraufhin gab der Schuhmann das Signal, worauf drei weitere Schuhteute erschienen, die ebenfalls von den Zigeunern und ihren Weibern tätlich angegriffen wurden. Die Weibchen zogen darauf blank, mehrere Zigeuner wurden mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Bei etwa 20 verhafteten Zigeunern fand sich ein ganzer Rock voll Schlingens, Dolche, Messer und Revolver.

Durch den Genus von W a l f e n e t s s i n g e r s w u r d e n v e r g i f f e t. Auf einem Spaziergang von Weichselmünde nach Heubude fanden vier Knaben einen W a l f e r s t e r t i n g und aßen von dem Wurzel. Der neunjährige Schüler Thiel verfiel in T o b u c h t und starb auf dem Felde. Der achtjährige H i t z h konnte noch

nach Hause gebracht werden, wo er aber trotz ärztlicher Hilfe starb. Die beiden anderen Knaben konnten am Leben erhalten werden.

In den Kanal gesprungen. In der Nacht auf Dienstag sprang eine unbekannte Frau in den Zuleitendsten Kanal in Berlin. Passanten versuchten vergeblich, vom Rettungsboot aus Hilfe zu bringen; sie mußten unverrichteter Sache umkehren. Dienstag morgen wurde die Leiche der Selbstmörderin an der Waldstrasse gefunden.

Eisenbahnunglück. Ein von Bahnhof F a d d i n g t o n nach der Vorstadt C a l i n g gehender Personenzug der Great Western Bahn stieß, einem Telegramm aus London zufolge, mit einem stillstehenden Güterzug beim Bahnhof Royal Oak zusammen. Die Lokomotive und vier Wagen des Personenzuges entgleiseten und wurden stark beschädigt. Ein Passagier, der Student der Medizin E l y n P a l m e r, wurde getödtet. Eine Dame erlitt einen Beinbruch. Die übrigen Passagiere kamen mit dem Schrecken davon.

Chelente unter sich. Der Seemann Constantin G i u d i c e l l e m nach längerer Abwesenheit auf dem Meere nach seinem Wohnort Marseille zurück und fand, ein neuer Enoch Arden, daß seine Frau ihm ungewissen unterworfen war. Anders als Tennison's rührender Held entfernte er sich jedoch nicht flüchtig nach der Feststellung seines Unfalls, sondern fiel über seine Frau her, bis ihr mit kräftigen Zähnen die Nase vollständig ab und verfiel sie. Die Polizei fandte nach ihm.

## Letzte Nachrichten.

### Zum Besuch des deutschen Kronprinzen in Rom.

H. Rom, 4. April. Die „M i t t a“ bedauert das vollständige Fernhalten der amtlichen Kreise anlässlich der Ehre des deutschen Kronprinzen veranlasster Festlichkeiten. Die Referve entspräche keineswegs den Gefühlen des Volkes, die dem Kronprinzen dankbar dafür sind, daß er aus Anlaß der Jubiläumstierlichkeiten Rom einen Besuch abstatte, trotz der Angriffe gewisser deutscher Blätter.

### Urteil im Prozeß gegen die „Lorraine sportive“.

H. Metz, 4. April. (Privattelegramm.) Die Strafammer in Metz verurteilte im Prozeß gegen die Mitglieder der „Lorraine sportive“ den Angeklagten S a m a n wegen Hausfriedensbruchs auf 6 Wochen Gefängnis und wegen Veranlassung eines öffentlichen Konzertes ohne polizeiliche Erlaubnis zu 4 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte S e h l erhielt wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs 4 Wochen Gefängnis, die Angeklagten K a r l W a r n, und K o r e n z wegen groben Unfugs je 80 Mark Geldstrafe, die Angeklagten T u r n o i s, E n r i M a r i n, J o n e B r a c h ebenfalls wegen groben Unfugs je 30 Mark Geldstrafe zuerkannt. Der Angeklagte N i c o l a wurde wegen Unfugs zu 6 Monaten Gefängnis und wegen groben Unfugs zu 30 Mark Geldstrafe, der Angeklagte S c h n e i d e r wegen Widerstandes, Festsetzung und Auslösens außerordentlich hoher Rufe zu insgesamt 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Den beiden letzteren wurde die verbüßte Unteruchungshaft in Anrechnung gebracht. Die übrigen Verurteilten legten Revision ein.

### Winerdemonstrationen in Frankreich.

W. Paris, 4. April. Delegierte der Provinzen B a r - s u r - A u b e und B a r - s u r - S e i n e beschloßen bei einer Beratung in Troyes folgende Tagesordnung: „Wir protestieren gegen die Verhinderung der Beratung über den Bericht der Untersuchungskommission und beschließen, nächsten Sonntag eine M a n i f e s t a t i o n der W i n z e r z u o r g a n i s i e r e n.“

### Kalleres Tunisfahrt.

h. Paris, 4. April. Präsident S a l l i e r e s w i r d, wie nunmehr feststeht, die Reise nach T u n i s am 15. d. M. antreten. Zur Begleitung S a l l i e r e s w i r d die italienische Regierung Kriegsschiffe nach Tunis entsenden. Durch den S a l l i e r e s f a k t sollen die freundschaftlichen franco-italienischen Beziehungen neu bekräftigt werden.

### Rücktritt des Vizepräsidenten Corral.

Mexico, 4. April. Präsident D i a z, der durch die Neubildung des Kabinetts und seine Reformen verheißene Politik auf dem Kongreß den Revolutionären bereits weit entgegengekommen, hat sich entschlossen, auch der von ihnen geforderten Beseitigung des Vizepräsidenten C o r r a l z u g i k u m m e n. Der Vizepräsident hat bei dem Kongreß aus Gesundheitsrücksichten um einen unbegrenzten Urlaub nachgesucht. Corral wird am 12. April nach Karlsbad reisen.

### Vermischte Drahtnachrichten.

Paris, 4. April. Infolge Austritts des internationalen D o a r b e i t e r v e r b a n d e s ist die Arbeit in den meisten französischen Höfen teilweise oder ganz eingestellt worden.

S a a g, 4. April. Amtlich wird gemeldet: Auf Java sind von Anfang Februar bis 2. April 1911 105 E r t r a n k u n g e n an Pest vorgekommen. 75 Fälle verliefen tödlich.

### Leitung Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel; Eugen W i n k m a n n; für Ausland und Fernnachrichten; Karl W e i n t e n; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin F e u c h t w a n g e; für den Interkontinental: Albert W a r h, Druck und Verlag von Otto S e n d l. Eigentümer in Halle a. S. — Diese Nummer umfasst 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.



